



# Die Arbeitsmarktlage in der Schweiz

GEORGE SHELDON



## FEBRUAR 2006

Redaktion: Hilmar Gernet

Gestaltung und Realisation: promotas werbeatelier, Schenkou LU

Interkonnessionelle Informationsstelle

Postfach 245, CH-1707 Fribourg

Tel 026 481 11 32, Fax 026 481 24 87

glawi.fe@bluewin.ch, www.Glaube-Wirtschaft.ch





Dr. Géza Teleki  
Vorstandsmitglied Glaube & Wirtschaft

# Vorwort

Ein Blick auf die Arbeitslosenzahlen fordert zur Frage heraus: Ist Vollbeschäftigung machbar? Oder ist diese die mehr oder weniger zufällige Konsequenz günstiger Konjunktur? Unzählige Faktoren beeinflussen bekanntlich den Arbeitsmarkt: Die Demografie, das Ausbildungssystem, die Preise, die Löhne, das Verhalten der Konsumenten, die Wahl des Berufs oder der Studienrichtung usw. Selbst dirigistische Staaten kollektivistischer Prägung brächten es nicht fertig, trotz gegenteiliger Beteuerungen, "versteckte Arbeitslosigkeit" zu verhindern.

Gegenüber der Tatsache der weltweiten Arbeitslosigkeit wirken die meisten Massnahmen hilflos. Unterschiede zwischen einzelnen Ländern zeigen allerdings auf, dass die Anstrengungen von Politik und Wirtschaft durchaus zu Verbesserungen führen können. Die Schweiz ist dafür ein gutes Beispiel.

George Sheldon, Professor und Leiter der Forschungsstelle für Arbeitsmarkt- und Industrieökonomie der Universität Basel, hat die jüngsten Entwicklungen auf dem Schweizer Arbeitsmarkt mit der Nüchternheit des Wissenschafters untersucht. Er kommt dabei zu Schlüssen, die sich wohltuend von gewissen voreiligen Urteilen abheben und nennt ungeschminkt die neuen Herausforderungen, welche sich auf dem Arbeitsmarkt für unser Land abzeichnen. Allgemeinverständlich zeigt er auf, welche Lösungsansätze für eine Verbesserung der Beschäftigung vielversprechend sind.

Glaube & Wirtschaft misst der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit einen vorrangigen Stellenwert zu. Die vorliegende Schrift ist ein konkreter Ausdruck dieser Haltung.

---



# Inhaltsübersicht

1. Einleitung	1
2. Fehldiagnosen der Zukunftspessimisten	3
2.1. Rationalisierungen führen nicht zu weniger Beschäftigung	3
2.2. Funktionsfähigkeit des Schweizer Arbeitsmarktes hat nicht nachgelassen	6
2.3. Ausgrenzung der Arbeitslosen findet vorderhand nicht statt	9
2.4. Chronisches Jugendarbeitslosigkeitsproblem besteht nicht	11
3. Neue Herausforderungen	16
3.1. Trendentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt	16
3.2. Niedrig qualifizierte Arbeitskräfte	18
3.3. Berufslehre	21
3.4. Ältere Menschen	23
4. Lösungsansätze	26
4.1. Arbeitsmarktpolitik	27
4.2. Ausländerpolitik	29
4.3. Bildungspolitik	30
4.4. Wettbewerbspolitik	32
5. Fazit	32

---






Prof. George Sheldon  
Leiter der Forschungsstelle für  
Arbeitsmarkt- und Industrieökonomik (FAI)  
der Universität Basel

# Die Arbeitsmarktlage in der Schweiz

## I. Einleitung

In Zeiten höherer Arbeitslosigkeit mehren sich erfahrungsgemäss die Stimmen derer, die meinen, der Schweiz gehe die Arbeit aus. Den Hintergrund der Niedergangsstimmung bildet oft die Beobachtung, dass als Folge des technischen Fortschritts immer weniger menschliche Arbeitskraft gebraucht wird, um die Produktion aufrecht zu erhalten. Die Personaleinsparungen der Firmen, die sich in Stagnationsphasen häufen, scheinen diese Sichtweise zu bestätigen. Menschen, die sich über Jahre hinweg an Dauerbeschäftigung und wachsendem Wohlstand gewöhnt hatten, fühlen sich von Arbeitslosigkeit und finanziellem Stillstand oder gar Abstieg bedroht. Der jüngste Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit hierzulande hat den Eindruck geweckt, dass nun auch junge Menschen von diesen Entwicklungen betroffen werden.

Genährt wird die Angst zusätzlich durch Begriffe wie die „Zwei-Drittel-Gesellschaft“, wonach in Zukunft nur noch zwei Drittel der Gesellschaft



in der Wirtschaft gebraucht werden. Der Münchner Soziologe Ulrich Beck, dessen Thesen im vielseitig beachteten Bericht der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission ihren Niederschlag fanden, stellt dem restlichen Drittel der Gesellschaft „Bürgerarbeit“ in Aussicht, die durch einen staatlichen garantierten „Bürgerlohn“ bezahlt werden soll. Auf ähnlich düsteren Zukunftsperspektiven beruhen Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, um die noch verbleibende Arbeit auf mehr Schultern zu verteilen.

Obwohl sicherlich redlich, sind Bestrebungen zur Umverteilung von Arbeit überflüssig, denn die Schreckensvisionen, die sie rechtfertigen sollen, beruhen auf einer Fehldiagnose der tatsächlichen Verhältnisse oder zumindest derer, die hierzulande vorherrschen:

- Zum einen führen Rationalisierungen nicht zu weniger, sondern längerfristig zu mehr Beschäftigung.
- Zum anderen erweist sich die Arbeitslosigkeit für die meisten Betroffenen hierzulande nicht als Sackgasse, sondern vielmehr als ein zwar schmerzhafter, aber in der Regel überwindbarer Unterbruch einer sonst positiven Erwerbsentwicklung.
- Ferner sind Anzeichen einer wachsenden Ausgrenzung breiterer Bevölkerungsschichten, welche die Zwei-Drittel-Gesellschaft uns erwarten lässt, vorderhand nicht zu erkennen.
- Ein chronisches Jugendarbeitslosigkeitsproblem besteht nicht.

Im Folgenden sollen zunächst diese Behauptungen empirisch untermauert werden. Danach wird eine alternative Diagnose der Verhältnisse angeboten und einige daraus abzuleitende wirtschaftspolitische Implikationen werden diskutiert.



## 2. Fehldiagnosen der Zukunftspessimisten

### 2.1. Rationalisierungen führen nicht zu weniger Beschäftigung

Da Rationalisierungen zur Folge haben, dass immer weniger menschlicher Arbeitskraft gebraucht wird, um eine gegebene Produktionsmenge herzustellen, mag es naheliegend erscheinen, dass Steigerungen der Arbeitsproduktivität immer mehr Arbeitskräfte entbehrlich machen und dass die Beschäftigung deshalb schrumpfen muss. So einsichtig eine negative Beziehung zwischen Produktivitätswachstum und Beschäftigung auch erscheinen mag, sie ist - historisch betrachtet - schlicht und ergreifend falsch. Dies wird durch die Angaben in *Tabelle 1* eindeutig belegt.

*Tab. 1: Produktion, Arbeitsproduktivität, Arbeitszeit und Beschäftigung in der Schweiz, 1870-1994*

	1870-1979	1979-94	1870-1994
Produktion	9.62	1.28	12.36
Arbeitsstundenproduktivität	6.36	1.15	7.30
Arbeitsstunden pro Erwerbstätige	0.63	0.92	0.58
Erwerbstätige	2.40	1.22	2.92

Quelle: bis 1979 MADDISON, A., *Phases of Capitalist Development*, Oxford 1982 und danach das Bundesamt für Statistik.

Die Werte in der Tabelle messen die Verhältnisse am Ende der jeweiligen Periode zum entsprechenden Stand am Anfang. Es handelt sich um Indexzahlen also. Dementsprechend bedeutet der Wert 7.30, dass die Arbeits-



stundenproduktivität in der Schweiz im Jahre 1994 um das 7.3-fache über der Arbeitsstundenproduktivität im Jahre 1870 lag. Mit anderen Worten: Die Arbeitsstundenproduktivität stieg um 630 Prozent<sup>1</sup>. Trotzdem nahm die Beschäftigung zwischen 1870 und 1994 um das 2.92-fache bzw. um 192 Prozent zu. Wie ist dieses, der Intuition scheinbar widersprechende Ergebnis zu erklären? Um darauf eine Antwort zu geben, ist zu nächst zu beachten, dass *Tabelle 1* auf der folgenden Definitionsgleichung aufbaut:

$$Q \cdot \left(\frac{Q}{H}\right)^{-1} \cdot \left(\frac{H}{E}\right)^{-1} = E$$

wobei Q = Produktion

$\frac{Q}{H}$  = Arbeitsstundenproduktivität

$\frac{H}{E}$  = Arbeitsstunden pro Erwerbstätige

E = Zahl der Erwerbstätigen

Danach nimmt die Zahl der Erwerbstätigen zu, wenn die Produktion wächst und/oder die Arbeitsstundenproduktivität und die Arbeitsstunden pro Erwerbstätige fallen. Das bedeutet, wenn die Produktion und die Arbeitsstunden pro Erwerbstätige konstant blieben und die Arbeitszeitstundenproduktivität zunähme, würde die Beschäftigung in der Tat abnehmen. Deshalb fordern manche die Arbeitszeit zu verkürzen, also H/E zu senken, um für einen Ausgleich zu sorgen, damit die Beschäftigung nicht fällt. Im Zeitraum 1870-1994 hat die Zahl der pro Erwerbstätige geleisteten Stunden tatsächlich abgenommen, gemäss *Tabelle 1* um 42 Prozent<sup>2</sup>. Doch dies hätte nie gereicht, um einen Abbau der Beschäftigung zu verhindern. Der „Retter“ war das Wirtschaftswachstum, das über den Zeitraum 1870-1994 insgesamt 1136 Prozent betrug<sup>3</sup>. In der jüngeren Vergangenheit (1979-1994) hat das Wirtschaftswachstum erneut dafür gesorgt, das trotz einer Zunahme der Arbeitsstundenproduktivität um 15 Prozent, die Beschäftigung um 22 Prozent stieg.

<sup>1</sup>  $(7.3-1.0) \times 100$

<sup>2</sup>  $(0.58-1.0) \times 100$

<sup>3</sup>  $(12.36-1.0) \times 100$



Wie kommt es, dass die Wirtschaft stets schneller gewachsen ist als die Arbeitszeitproduktivität? Ein Grund liegt darin, dass der technische Wandel, der hinter dem Produktivitätsfortschritt steht, nicht etwa wie Manna vom Himmel fällt, sondern erst durch den Einsatz neuer Maschinen und Geräte zustande kommt, die zusätzliche Produktion erfordern. Ferner zeigen empirische Untersuchungen, dass jene Länder, die in einer Branche hinsichtlich Produktivität weltweit führend sind, dies auch in bezug auf die Beschäftigung sind, und zwar aus dem einfachen Grund, dass hohe Produktivität internationale Konkurrenzfähigkeit und damit Absatzmöglichkeiten sichert. Hinzu kommt, dass höhere Produktivität gleichzeitig höhere Gewinne und/oder Löhne bedeutet, woraus zusätzliche Nachfrage entsteht.

Kurzum: Eine Ausweitung der Produktionsmöglichkeiten einer Gesellschaft, wovon es sich bei einer Produktivitätssteigerung ja handelt, hat stets zu mehr und nicht weniger Produktion geführt, und zwar aus dem einfachen Grund, dass das Streben der Menschen nach einem materiell besseren Leben bislang keinen Abbruch nahm.

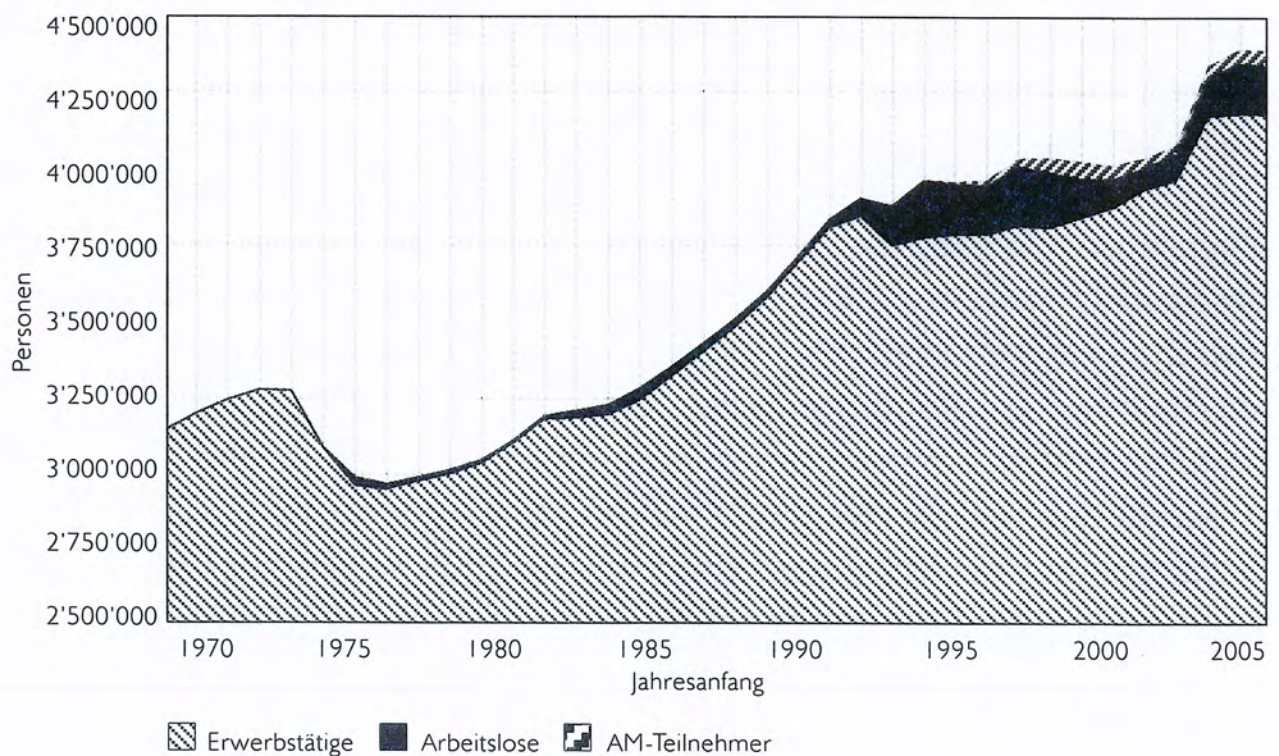
Zugegeben: *Tabelle 1* betrachtet nur die langfristige Entwicklung. Selbstverständlich können in einer Übergangsphase grössere Ungleichgewichte zwischen neu gefragten und nicht ausreichend vorhandenen Kompetenzen auf der einen Seite und überholten Kompetenzen, die nicht mehr gebraucht werden, auf der anderen Seite entstehen. Doch solche Ungleichgewichte haben in den letzten 40 Jahren nicht zugenommen. Untersuchungen der Volkszählungen von 1970 bis 2000 zeigen, dass die strukturellen Umwälzungen auf dem Arbeitsmarkt heute nicht grösser sind als in den 70er und 80er Jahren. Dies mag zunächst überraschen, darf aber eigentlich nicht verwundern, wenn man etwa an die Uhrenkrise der 70er Jahre denkt, die eine ganze Branche bedrohte.



## 2.2. Funktionsfähigkeit des Schweizer Arbeitsmarktes hat nicht nachgelassen

Die vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit der letzten Jahre ist ohnehin nicht auf starke Beschäftigungseinbrüche zurückzuführen. Im Gegenteil: Wie *Abbildung 1* zeigt, nimmt die Beschäftigung seit 1990 trendmässig zu, wenn-gleich nicht genügend, um das wachsende Arbeitsangebot (= Summe Erwerbstätigen, Arbeitslosen und Teilnehmern an aktiven Massnahmen (AM) der Arbeitsämter) vollständig zu absorbieren. Erst das konjunkturelle Hoch um die Jahrtausendwende vermochte die Arbeitslosenquote unter zwei Prozent zu drücken<sup>4</sup>.


*Abb. 1: Entwicklung der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit, Schweiz, 1970-2005*



Quelle: Bundesamt für Statistik, eigene Berechnungen

<sup>4</sup> vgl. Tabelle 2





Der stärkste Beschäftigungseinbruch der letzten Jahrzehnte fand eigentlich in den 70er Jahren im Gefolge der ersten Erdölkrise statt. Damals nahm die Zahl der Arbeitsplätze beinahe um 8 Prozent ab: der seinerzeit grösste Beschäftigungseinbruch aller OECD-Länder. Trotzdem überschritt die Arbeitslosenquote nicht einmal die 1-Prozent-Marke. Der Grund dafür war eine Abnahme des Arbeitskräfteangebots in fast gleichem Umfang.

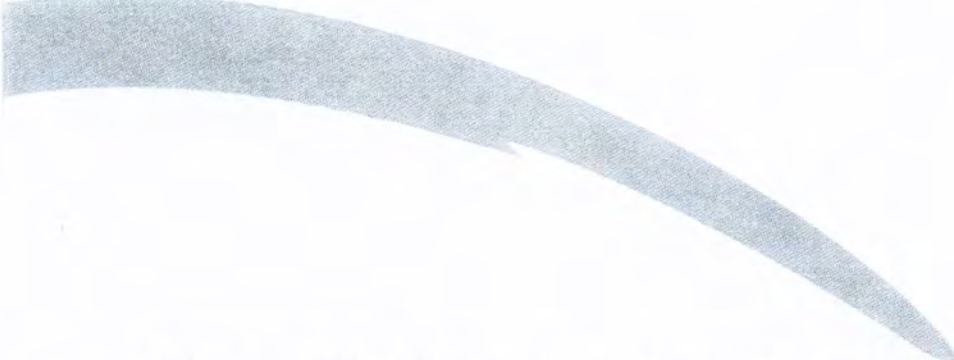
Dass das Arbeitsangebot praktisch im Gleichschritt mit der Arbeitskräftenachfrage abnahm, liegt in zwei besonderen Tatbeständen begründet:

- Zum einen war die Arbeitslosenversicherung hierzulande Mitte der 70er Jahre noch nicht obligatorisch. Lediglich ein Fünftel der Erwerbsbevölkerung war damals gegen Arbeitslosigkeit versichert.
- Zum anderen war ein Grossteil der ausländischen Arbeitskräfte in der Schweiz nicht sesshaft.

Ohne einen Anspruch auf Versicherungsleistungen bzw. ohne das Recht, auch stellenlos in der Schweiz zu verweilen, meldete sich die Mehrzahl der Erwerbspersonen beim Verlust ihres Arbeitsplatzes nicht beim Arbeitsamt und blieb damit von der Statistik unerfasst. Dies hatte zur Folge, dass die Zahl der Beschäftigten fiel, ohne dass der Rückgang zu einem entsprechenden Anstieg der Arbeitslosenzahl führte, was an der Graphik deutlich zu erkennen ist.

Inzwischen ist der Anteil der sesshaften Ausländer jedoch gestiegen, und die Zahl der Stellenlosen, die einen Anspruch auf Taggeldzahlungen geltend machen können, gewachsen. Demzufolge schlägt sich ein gegebener Stellenabbau heute viel stärker in der Arbeitslosenstatistik nieder als früher. Es wäre deshalb falsch, die vergleichsweise hohen Arbeitslosenzahlen der 90er Jahre als einen Beleg dafür zu nehmen, dass der





Schweizer Arbeitsmarkt nicht mehr für dauernde Vollbeschäftigung sorgen kann. Dies hat er während konjunktureller Einbrüche auch früher nicht gekonnt. Nur war dies damals anhand der Arbeitslosenstatistik nicht zu erkennen.

In Anbetracht dessen, dass sich Stellenlose in der Regel erst beim Arbeitsamt melden und als arbeitslos gezählt werden, wenn sie Aussichten auf Arbeitslohnentschädigung haben, kann die heute bei sonst gleicher Konjunkturlage höher gemessene Arbeitslosenquote als ein Zeichen gewachsenen sozialen Schutzes bewertet werden. Mit anderen Worten: Arbeitslosen geht es heute finanziell besser als früher.

In Wirklichkeit hat sich die Fähigkeit des Arbeitsmarktes, Stellenlose wieder in Lohn und Brot zu bringen, in den letzten Jahren verbessert. Eine jüngst fertiggestellte Studie der Forschungsstelle für Arbeitsmarkt- und Industrieökonomik an der Universität Basel zeigt, dass unter sonst gleichen Bedingungen heute Stellensuchenden schneller und dauerhafter vermittelt werden als 1998. Dies ist auch daran zu erkennen, dass es heute einer kleineren Anzahl offener Stellen bedarf, um die Arbeitslosigkeit auf einen gegebenen Stand zu drücken. Beispielsweise lagen die Arbeitslosenquoten 1998 und 2003 etwa gleich auf: 1998 betrug die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 3,9 Prozent und 2003 3,7 Prozent (*vgl. Tabelle 2*). Doch 1998 kamen etwa 10 Stellenlose auf jede den Arbeitsämtern gemeldete offene Stelle, während 2003 das Verhältnis 17:1 betrug. Das heisst, Arbeitslose finden unter gleich schwierigeren Verhältnissen heute leichter eine Stelle als 1998.



### 2.3. Ausgrenzung der Arbeitslosen findet vorderhand nicht statt

Ferner gibt es vorderhand keine Anzeichen dafür, dass breitere Bevölkerungsschichten durch Arbeitslosigkeit zunehmend ausgegrenzt werden.


Zum einen erweist sich die Arbeitslosigkeit weiterhin als sehr durchlässig. Im Laufe des Jahres 2003 traten über 172'000 Personen aus der Arbeitslosigkeit aus (*Tabelle 2*). Damit übertraf der Strom der Austritte den jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenbestand um rund 20 Prozent. Mit anderen Worten: In diesem Jahr schlug sich der Arbeitslosenbestand um das 1,2-fache um. Dies ist zwar weniger als zu Zeiten der Hochkonjunktur (1990, 2001-2002), aber in Absolutzahlen fanden mehr Personen eine neue Stelle zuletzt als etwa 2001 oder 2002.

*Tab. 2: Umschlag des Arbeitslosenbestands, Schweiz, 1990-2003*

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Arbeitslosenquote	0.5%	1.1%	2.5%	4.5%	4.7%	4.2%	4.7%
Arbeitslosenbestand	18'132	39'223	92'309	163'135	171'037	153'316	168'630
Austritte	53'393	86'700	144'305	206'590	244'650	218'692	202'193
Austritte/Bestand	2.9	2.2	1.6	1.3	1.4	1.4	1.2

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Arbeitslosenquote	5.2%	3.9%	2.7%	1.8%	1.7%	2.5%	3.7%
Arbeitslosenbestand	188'305	139'662	98'602	71'988	67'196	100'503	145'686
Austritte	212'355	195'410	163'993	134'770	113'900	132'055	172'423
Austritte/Bestand	1.1	1.4	1.7	1.9	1.7	1.3	1.2





Zum anderen werden die Arbeitslosen nicht lediglich ausgesteuert, wie gelegentlich vermutet, sondern sie finden in der Regel auch Arbeit. Nach Massgabe der AHV-Daten treten rund drei Viertel aller monatlich aus der versicherten Arbeitslosigkeit ausscheidenden Personen unmittelbar eine neue Stelle an, und von den verbleibenden 25 Prozent finden rund zwei Drittel innerhalb eines Jahres eine Beschäftigung. Mit anderen Worten: Lediglich 8 Prozent der vormals Arbeitslosen sind ein Jahr nach dem Austritt aus der versicherten Arbeitslosigkeit noch ohne Arbeitsplatz. Dabei ist allerdings zu beachten, dass hinter den 8 Prozent auch Personen stehen, die nicht mehr zu den Stellensuchenden zählen, etwa weil sie das Rentenalter erreicht haben oder da sie als Ausländer in ihre Heimat zurückgekehrt sind.

Die Mehrzahl der wiederbeschäftigten Arbeitslosen erleidet im Anschluss an ihre Stellenlosigkeit auch keinen finanziellen Abstieg. Gemäss den AHV-Daten verschlechtert sich der finanzielle Status für höchstens ein Drittel der Arbeitslosen, die wieder Arbeit finden. Über die Hälfte verdient vier Jahre nach der Arbeitslosigkeit sogar mehr, als sie früher an Gehalt bezogen.

Schliesslich ist darauf zu verweisen, dass die relative Verteilung der Erwerbseinkommen in der Schweiz seit Mitte der 80er Jahre unverändert geblieben ist. Kurzum: Eine während der 90er Jahre wachsende Zweiteilung der Arbeitnehmer in Reiche und Arme ist nicht zu beobachten.

Es ist allerdings nicht zu verhehlen, dass - wie oben erwähnt - etwa ein Drittel aller vormals Arbeitslosen weniger nach der Arbeitslosigkeit verdiente als davor. Einkommenseinschnitte sind natürlich unangenehm. Doch sie können sich auf die weitere Erwerbsbiographie der Betroffenen positiv auswirken. AHV-Angaben zufolge erhöhen sich dadurch die Chancen der Betroffenen eine dauerhafte Beschäftigung zu sichern und spätere Lohnverbesserungen zu erzielen. Trotzdem führen Lohnaufstiege von vormals Arbeitslosen, die Einkommenseinbussen hinnehmen mussten,



in der Regel nicht innerhalb von vier Jahren auf das alte Lohnniveau zurück. Die damit implizierte Dauerhaftigkeit des Einkommensverlustes zusammen mit dessen beschäftigungsstabilisierendem Effekt deutet darauf hin, dass die nach der Arbeitslosigkeit erlittenen Einkommenseinbussen vielfach vom Markt verlangte Lohnanpassungen darstellen, die unumgänglich sind. Der Versuch, durch die Verlängerung der Bezugsfrist für Arbeitslosenentschädigung das ohnehin Unvermeidbare hinauszuzögern, trägt nicht zur Problemlösung bei. Im Gegenteil: Es zeigt sich, dass die Stellenaussichten der Einzelnen mit der Dauer ihrer Arbeitslosigkeit abnehmen. Deshalb muss der Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik auf eine schnelle Wiedereingliederung gelegt werden.

## 2.4. Chronisches Jugendarbeitslosigkeitsproblem besteht nicht

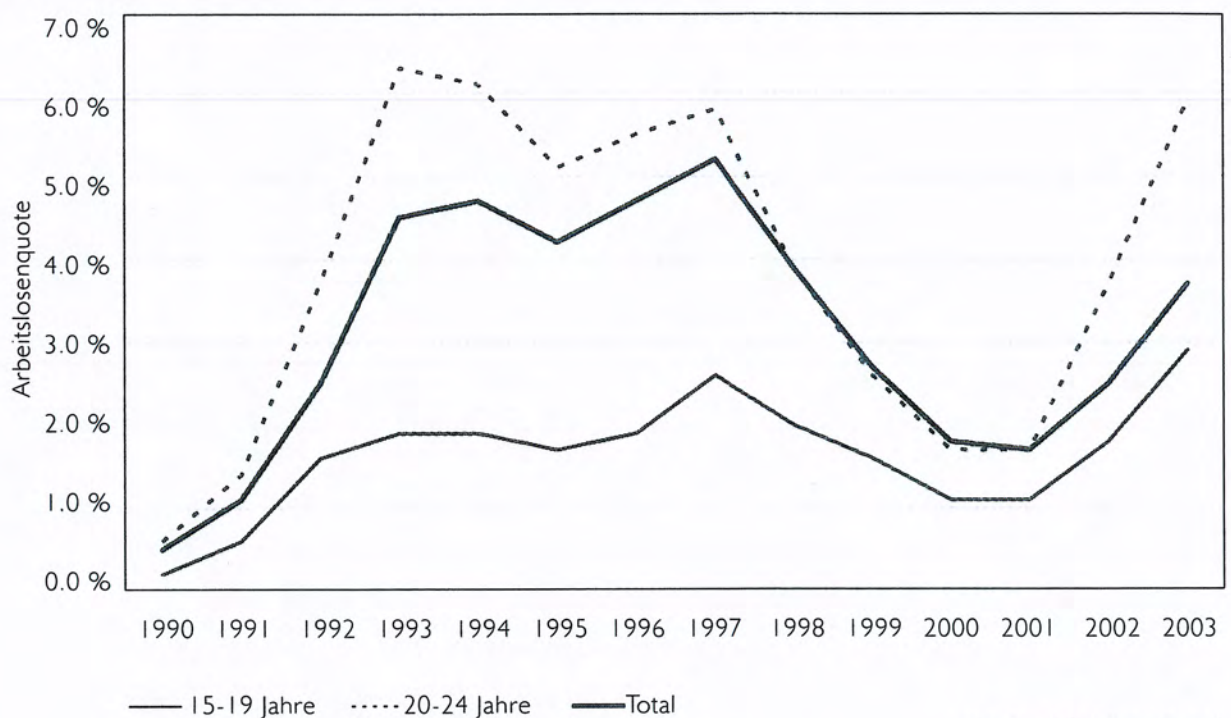
Seit 2001 nimmt die Arbeitslosigkeit unter Personen zwischen 20 und 24 Jahren überproportional zu (*vgl. Abbildung 2*). Damit folgt die aktuelle Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit ein gängiges Muster, das in fast allen OECD-Ländern vorzufinden ist, nämlich die überdurchschnittliche Reagibilität der Jugendarbeitslosigkeit auf die Konjunktur: Im konjunkturellen Abschwung steigt die Jugendarbeitslosigkeit überproportional an, und im Aufschwung nimmt sie überproportional ab. Bei guter Konjunktur jedoch liegt die Arbeitslosenquote junger Menschen in der Schweiz unter dem allgemeinen Durchschnitt.

Für die höhere Konjunkturreakibilität der Jugendarbeitslosigkeit wird der Umstand verantwortlich gemacht, dass Arbeitgeber, die in einer ungünstigen Wirtschaftslage Personal abbauen müssen, ihre älteren Mitarbeiter eher bevorzugen, so dass der Stellenabbau stärker zu Lasten der nicht so lange



im Unternehmen tätigen Personen erfolgt. Hinzu kommt, dass alljährlich eine grosse Anzahl Jugendlicher erstmals auf den Arbeitsmarkt tritt. Deren Eingliederung ist um so schwieriger, je ungünstiger die Wirtschaftslage ist.

Abb. 2: Arbeitslosenquote nach Alter, Schweiz, 1990-2003



Quelle: Arbeitslosenstatistik

Auch die Qualität von Jugendarbeitslosigkeit ist zu beachten. Eine gegebene Höhe der Arbeitslosigkeit kann auf unterschiedliche Weise zustande kommen. Es lässt sich zeigen, dass sich eine jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote von beispielsweise 5 Prozent sich zugleich daraus ergeben kann, dass alle Erwerbspersonen im Laufe eines Jahres von Arbeitslosigkeit irgend wann betroffen werden (Arbeitslosigkeitsrisiko), aber lediglich 5 Prozent eines Jahres (= 18,25 Tage bzw. 2,6 Wochen) stellenlos bleiben (Arbeitslosigkeitsdauer), oder dass nur 5 Prozent der Erwerbsbevölkerung erwerbslos werden, aber dies 100 Prozent des Jahres sind:

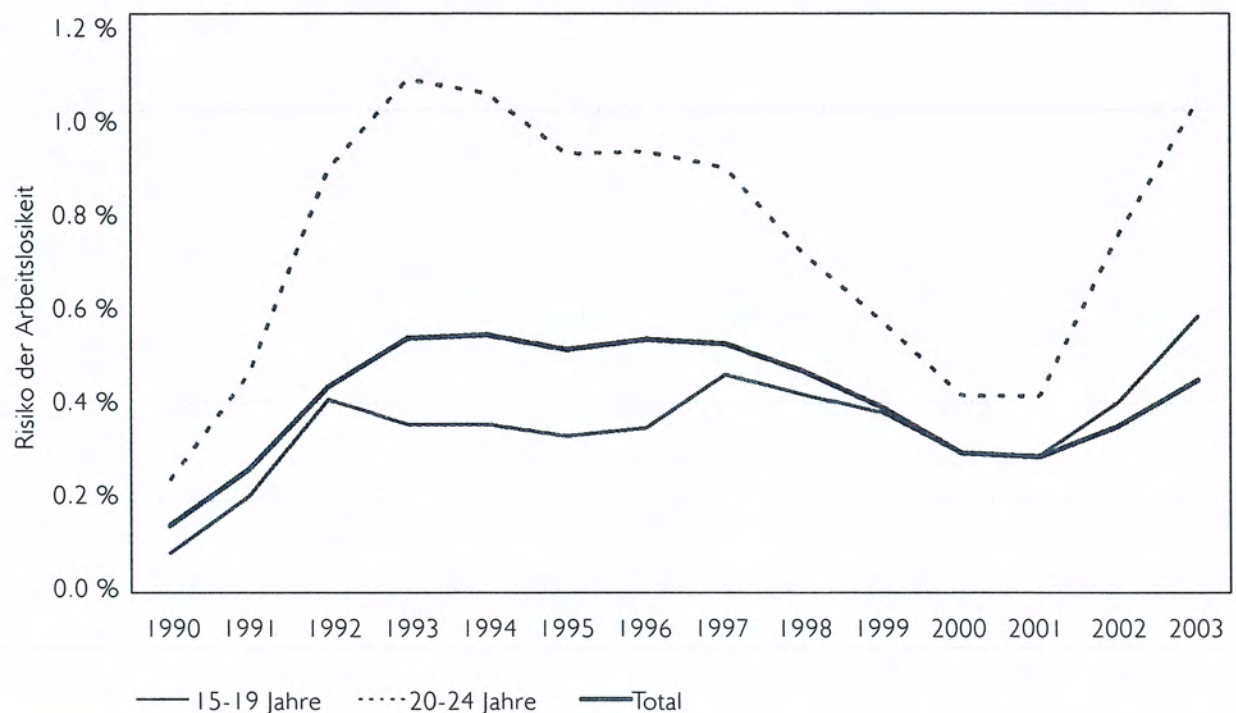


$$\begin{array}{rclcl}
 \text{Arbeitslosenquote} & = & \text{Arbeitslosigkeitsrisiko} & \times & \text{durchschnittliche Episodendauer} \\
 5 \% & = & 100 \% & \times & 5 \% \\
 5 \% & = & 5 \% & \times & 100 \%
 \end{array}$$

Im ersten Fall ist die Arbeitslosigkeit weit verbreitet aber von kurzer Dauer, während sie im zweiten Fall dünn gesät, aber lang anhaltend ist. Letzteres ist sozialpolitisch problematischer, da sie einer arbeitsmarktlichen Ausgrenzung der Betroffenen gleichkommt.

Bei Jugendlichen ist die hohe Arbeitslosenquote vor allem auf ein hohes Arbeitslosigkeitsrisiko zurückzuführen. Das heisst, Jugendliche werden mit überdurchschnittlich hoher Wahrscheinlichkeit von Arbeitslosigkeit betroffen (vgl. *Abbildung 3*).

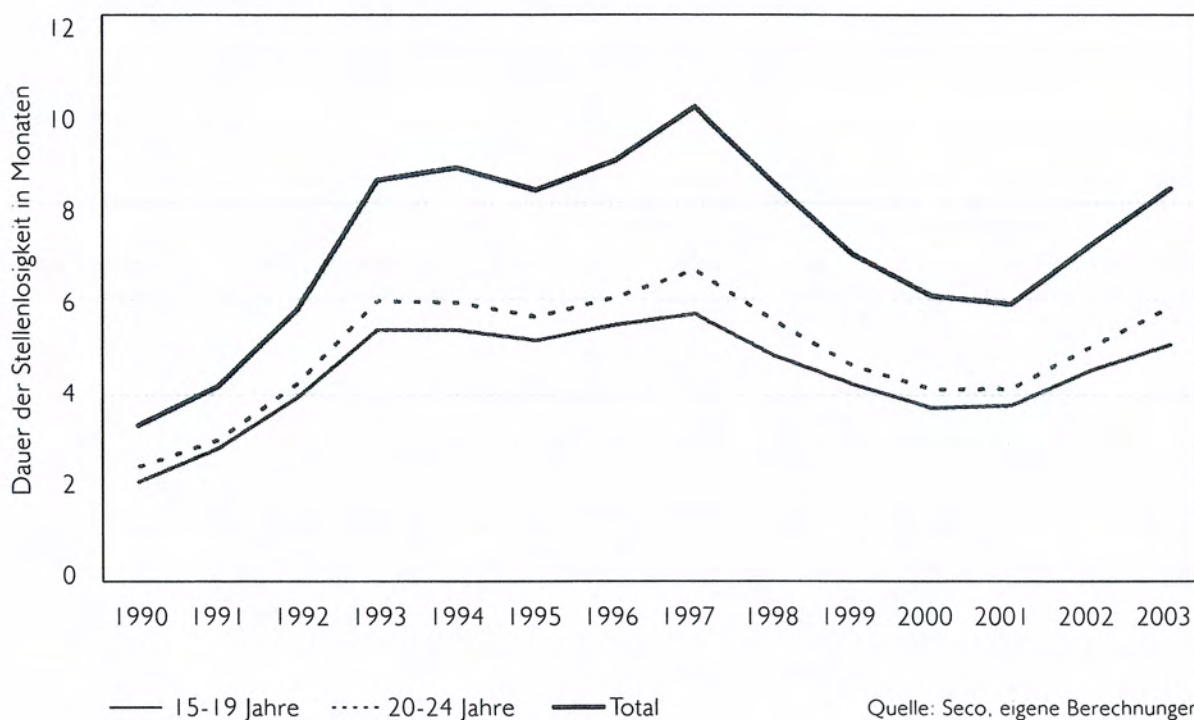
*Abb. 3: Risiko der Arbeitslosigkeit in einem beliebigen Monat nach Alter, Schweiz, 1990-2003*



Quelle: Seco, eigene Berechnungen

Sind Jugendliche aber einmal arbeitslos, bleiben sie merklich kürzer als andere ohne Stelle (vgl. *Abbildung 4*). Jugendliche haben somit im Vergleich zu den Erwachsenen i.d.R. nicht mit besonderen Vermittlungsproblemen zu kämpfen. Aufgrund ihrer höheren Vermittelbarkeit sind Jugendliche unter den Langzeitarbeitslosen und Ausgesteuerten auch untervertreten.

*Abb. 4: Durchschnittliche Dauer einer Arbeitslosigkeitsepisode in Monaten nach Alter, Schweiz, 1990-2003*

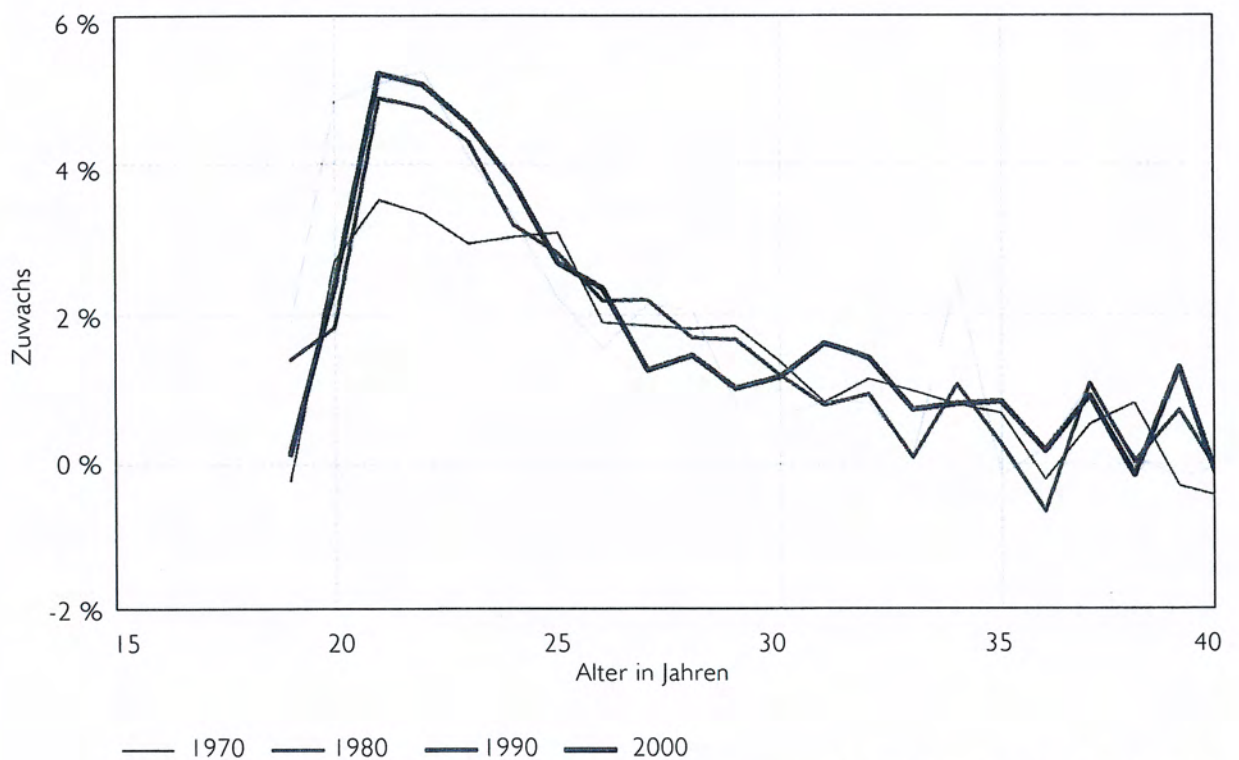


Jugendarbeitslosigkeit ist im Allgemeinen eher ein Problem Südeuropas und Frankreichs, nicht eines der Schweiz.



Die hohe Betroffenheit von Jugendlichen hat unter anderem mit ihrem Stellenwechselverhalten zu tun. Traditionell ist die Berufsmobilität bei Personen im Alter zwischen 20 und 25 Jahren am höchsten (vgl. Abbildung 5), im gleichen Alter also, in dem die Jugendarbeitslosigkeit am höchsten ausfällt. Bei schlechter Konjunktur ist das Risiko grösser, dass Versuche des Berufswechsels kurzzeitig in die Arbeitslosigkeit führen.

Abb. 5: Anteil der berufsmobilen Lehrabsolventen nach Alter, Schweiz, 1970-2000



Quelle: Harmonisierte Personendaten der Eidg. Volkszählungen 1970-2000, eigene Berechnungen



## 3. Neue Herausforderungen

### 3.1. Trendentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt

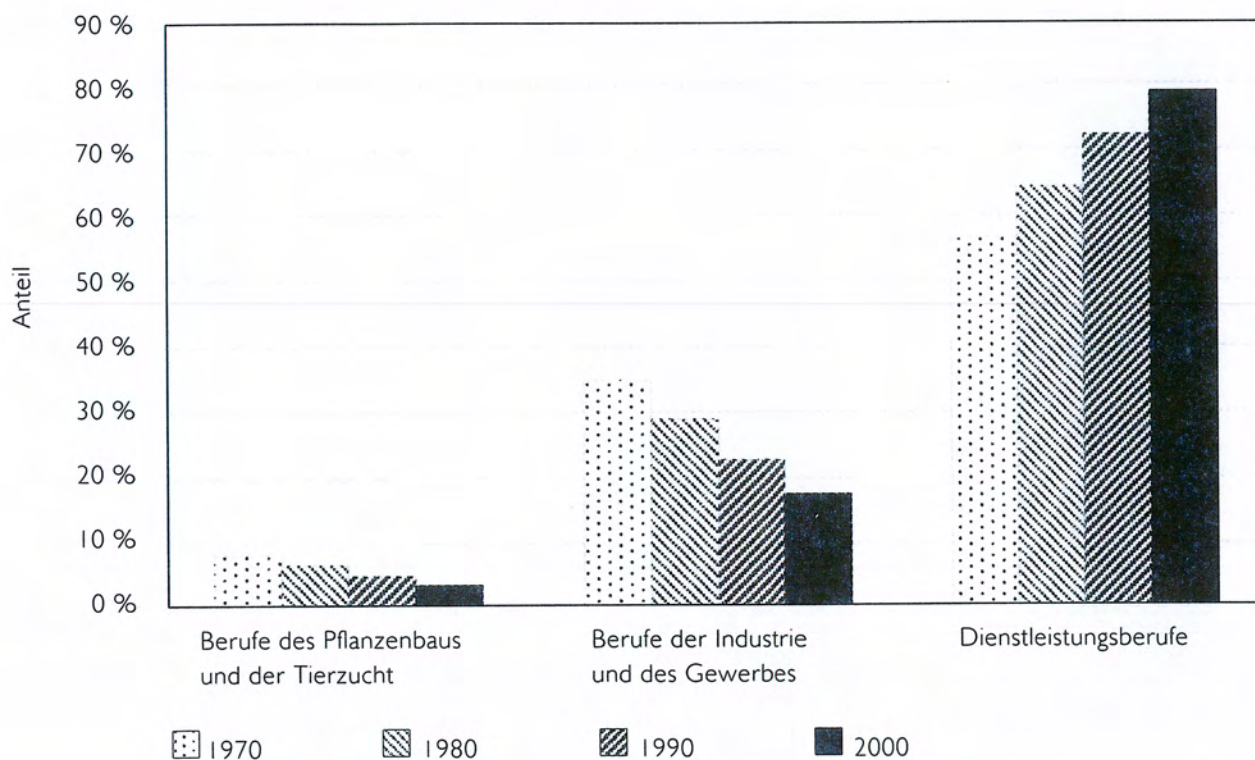
Trotz des weiterhin grösstenteils intakten Schweizer Arbeitsmarktes ist nicht zu verhehlen, dass die Schweiz einen grundlegenden wirtschaftlichen Strukturwandel durchmacht, der tiefgreifende Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt bewirkt und zweifellos einige Besitzstände bedroht. Drei allgemeine Trends stehen hierbei im Vordergrund:

- die wachsende Internationalisierung der Arbeitsteilung, die dafür sorgt, dass immer mehr einfache, repetitive Tätigkeiten ins Ausland abwandern und einen wachsenden Anteil an anspruchsvolleren Beschäftigungen zurücklassen, die höhere Qualifikationen erfordern;
- die Bildungsintensität des technischen Fortschritts, d.h. die steigende Nachfrage nach Höherqualifizierten zu Lasten von Un- und Angelernten im Gefolge des technischen Wandels und
- die Tertiarisierung der Arbeitswelt bzw. die kontinuierliche Verlagerung der Beschäftigung von den gewerblich-industriellen Tätigkeiten hin zu den Dienstleistungsberufen (*vgl. Abbildung 6*).

Diese Entwicklungen beschränken sich nicht auf die Schweiz, sondern betreffen alle Industrienationen, und haben weitreichende Auswirkungen auf das Bildungs- und Beschäftigungssystem der Schweiz.



Abb. 6: Erwerbstätige nach der sektoralen Orientierung des ausgeübten Berufs, Schweiz, 1970-2000



Quelle: Harmonisierte Personendaten der Eidg. Volkszählungen 1970-2000, eigene Berechnungen



### 3.2. Niedrig qualifizierte Arbeitskräfte


Aufgrund der oben genannten Trendentwicklungen stehen Un- und Angelernte im Bereich der industriellen Produktion unter einem besonders hohen Anpassungsdruck. Wegen des hohen Technisierungsgrads und der damit verbundenen hohen Wertschöpfungskraft ihrer Arbeitsplätze werden un- und angelernte Industriearbeiter im Vergleich zu ihrer Berufsausbildung überdurchschnittlich gut bezahlt. Infolge des Strukturwandels nimmt die Zahl solcher Stellen jedoch ab.

Das trifft auf nicht wenige Erwerbstätige zu. Gemäss der Volkszählung 2000 sind über ein Viertel der Erwerbstätigen im industriellen Sektor ohne Berufsausbildung. Diese konzentrieren sich unter anderem in der Textil- und Bekleidungsindustrie, der Metallindustrie, der Papier- und Holzindustrie sowie der Kunststoffindustrie.

Aufgrund der Tertiarisierung der Arbeitswelt wird die Mehrzahl der vom Stellenabbau betroffenen Industriearbeiter langfristig nur im Dienstleistungssektor Arbeit finden. Doch dort hängt die Produktivität des Einzelnen und damit seine Entlohnung aufgrund des niedrigeren Technisierungsgrades vielmehr von der individuellen Qualifikation als von der jeweiligen Stelle ab. Dies ist daran zu erkennen, dass anspruchslose Tätigkeiten im Dienstleistungssektor, die mehrheitlich von Ungelernten ausgeübt werden, sich im Strassenverkehr, Transportbereich, Gastgewerbe sowie in der Reinigung und Entsorgung befinden, wo die Entlohnung im Vergleich zu ähnlich anspruchslosen Tätigkeiten in der Industrie schlecht ist.

Die Rationalisierungswelle macht aber nicht vor dem Dienstleistungssektor halt. Auch dort lässt sich durch den Einsatz moderner Technologien - vor allem im Bereich der Informatik - eine Anzahl weniger anspruchsvoller



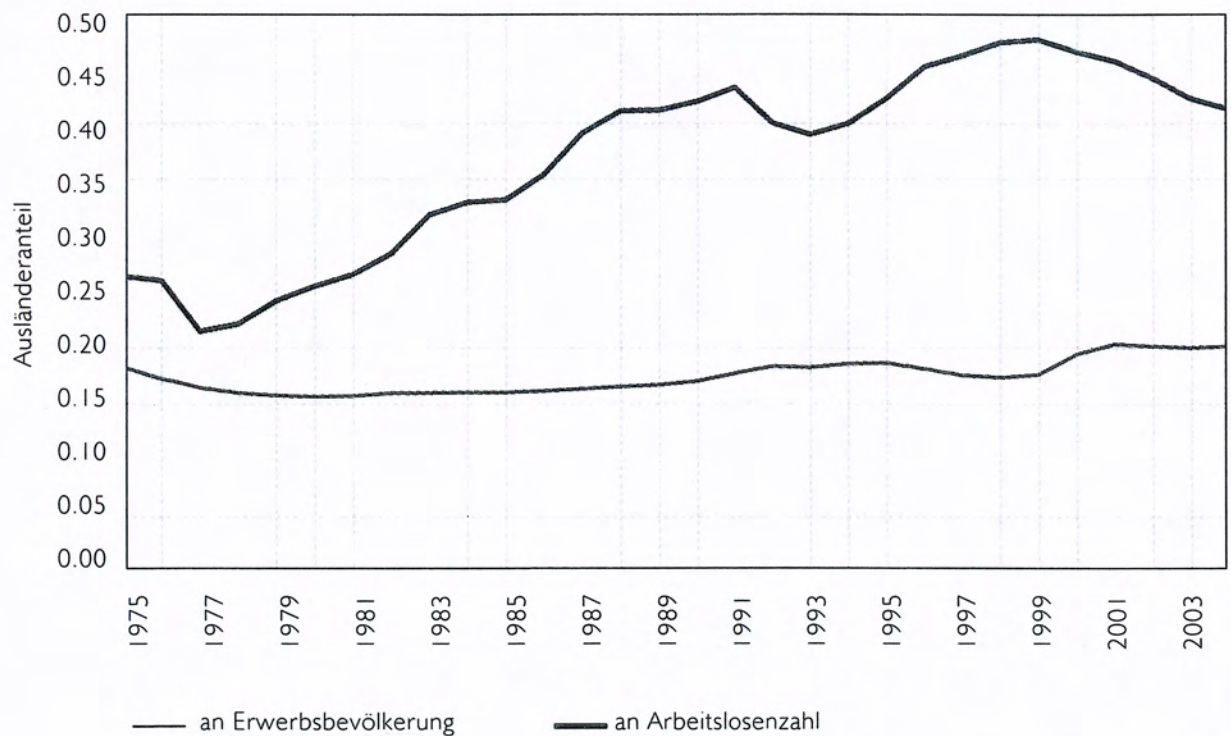


Tätigkeiten wegrationalisieren. Bei den Banken, besonders im Kassenbereich, hat dieser Prozess bereits begonnen. Aber auch zahlreiche andere Branchen - vom Handel über den Transport und die Logistik bis hin zu Arztpraxen, öffentlichen Verwaltungen und auch das Bildungswesen - werden über kurz oder lang vom Rationalisierungspotential der modernen Informationsverarbeitung erfasst.

Doch auch hier sind in erster Linie einfach qualifizierte Sachbearbeitertätigkeiten von der Rationalisierungswelle bedroht. Die Nachfrage nach personenbezogenen und höheren Qualifikationen, die sich eben nicht automatisieren lassen, dürfte demgegenüber zunehmen.

Vor diesem Hintergrund wirken die Folgen einer verfehlten Ausländerpolitik fatal. Über die Jahre sind immer mehr niedrig qualifizierte ausländische Arbeitskräfte in die Schweiz geholt worden, um die für Schweizer unattraktiv gewordene anspruchslose Tätigkeiten auszuüben. Durch den technischen Wandel werden aber immer weniger niedrig qualifizierte Arbeitskräfte in Zukunft gebraucht, als sich in der Schweiz niedergelassen haben. Die Folge ist eine ansteigende Arbeitslosigkeit unter den Ausländern (*vgl. Abbildung 7*). Obwohl sich der Anteil der Jahresaufenthalter und Niedergelassenen an der Erwerbsbevölkerung (Summe der Erwerbstätigen und Arbeitslosen) seit 1975 konstant um rund 18 Prozent bewegt, hat sich deren Anteil an den Arbeitslosen trendmässig von etwa 20 Prozent auf über 40 Prozent erhöht. Das heisst: Die Ausländer sind im Arbeitslosenbestand inzwischen um über das Zweifache übervertreten.

Abb. 7: Anteil der ausländischen Erwerbsbevölkerung am Erwerbs-  
personen- bzw. Arbeitslosenbestand, Schweiz, 1975-2004



Quelle: Harmonisierte Personendaten der  
Eidg. Volkszählungen 1970-2000, eigene Berechnungen

Aufgrund der bescheidenen Berufsaussichten der Ungelernten im Dienstleistungsbereich gestaltet sich die Reallokation von Produktionsarbeitern in den Dienstleistungssektor als besonders schwierig. Vielfach stehen die Betroffenen nur noch vor der Wahl zwischen Einkommenseinschnitten oder anhaltender Arbeitslosigkeit.



### 3.3. Berufslehre

Die Tertiarisierung der Arbeitswelt hat auch für die Berufslehre tiefgreifende Konsequenzen. Da die Lehre in der Produktion stark verankert ist und weil die Zahl der Arbeitsplätze dort abnimmt, hat der Tertiarisierungsprozess zur Folge, dass die Zahl der Lehrstellen abnimmt, und zwar selbst dann, wenn alle Firmen ihre Bildungsanstrengungen im Verhältnis zur Zahl ihrer Mitarbeiter erhöhen. Dies lässt sich am folgende einfachen Zahlenbeispiel demonstrieren.

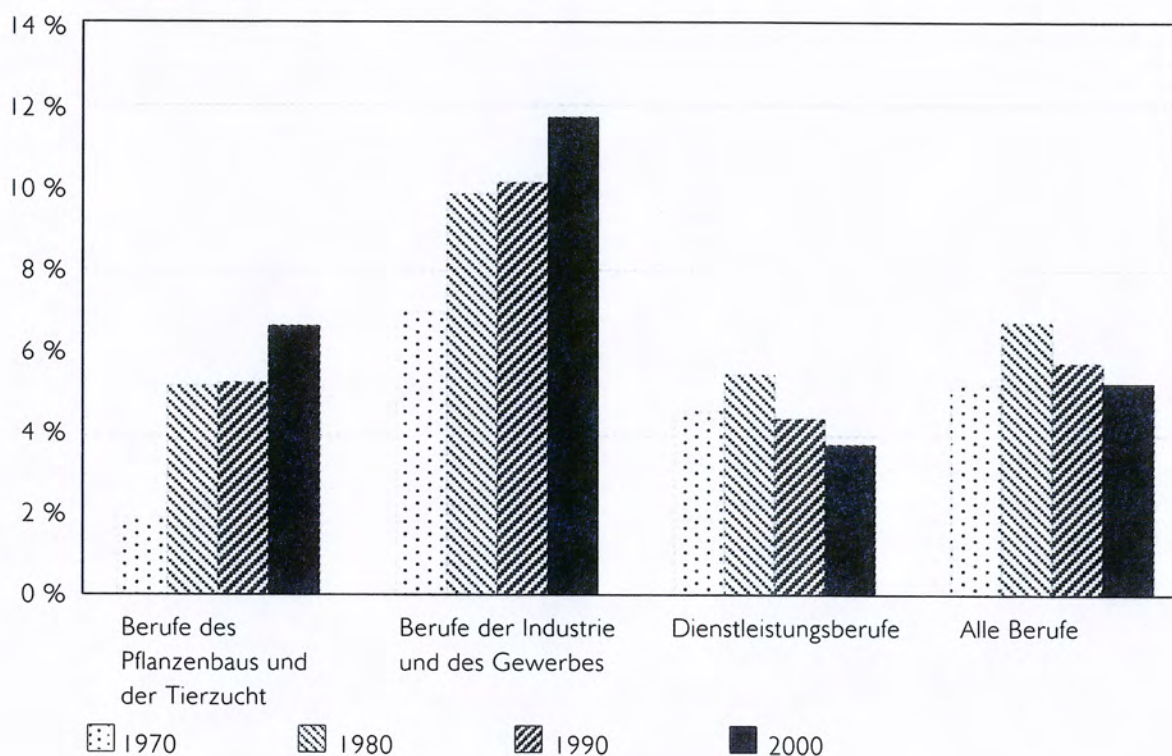
*Tab. 3: Auswirkung der Tertiarisierung auf das Lehrstellenangebot (Zahlenbeispiel)*

	Periode 1			Periode 2		
	Erwerbstätige	Lehrlingsquote	Lehrlinge	Erwerbstätige	Lehrlingsquote	Lehrlinge
Produktion	1000	12 %	120	500	13.2%	66
Dienstleistung	1000	6%	60	1500	6.6%	99
Total	2000	9 %	180	2000	8.3 %	165

Dabei wird unterstellt, dass die Zahl der von einer Firma angebotenen Lehrstellen von der Zahl ihrer Mitarbeiter abhängt: Je grösser der Personalstand ist, desto mehr Lehrstellen werden unter sonst gleichen Bedingungen angeboten. Ferner wird angenommen, dass das Verhältnis zwischen der Zahl der Lehrstellen und der Zahl der Mitarbeiter („Lehrlingsquote“), wie empirische Untersuchungen zeigen, bei den gewerblich-industriellen Berufen („Produktion“) deutlich höher liegt als bei den Dienstleistungsberufen („Dienstleistung“). Verlagert sich die Beschäftigung unter diesen Umständen nun von den gewerblich-industriellen Berufen hin zu den

Dienstleistungsberufen, kann, wie das Beispiel zeigt, das Lehrstellenangebot insgesamt fallen (von 180 auf 165), obwohl die Betriebe ihre Lehrlingsquote bzw. ihre Ausbildungsanstrengungen steigern (10 Prozent im Beispiel). In einem solchen Fall wäre der Vorwurf an die Unternehmen, sie würden in ihren Ausbildungs-bemühungen nachlassen, wohl deplaziert.

Abb. 8: Lehrlingsquoten nach der sektoralen Orientierung des Berufs, 1970-2000



Quelle: Harmonisierte Personendaten der Eidg. Volkszählungen 1970–2000, eigene Berechnungen

In Wirklichkeit haben die Bildungsanstrengungen der Betriebe nicht nachgelassen, wie *Abbildung 8* zeigt. Im Verhältnis zur Zahl der Erwerbstätigen lag die gesamtwirtschaftliche Lehrlingsquote („alle Berufe“) 2000 gleich hoch wie 1970. In den landwirtschaftlichen und gewerblich-industriellen



Berufen hat die Lehrstellendichte sogar stark zugenommen. Lediglich bei den Dienstleistungsberufen, wo die Berufslehre nie stark verbreitet war, hat das Lehrstellenangebot im Verhältnis zur Zahl der dortigen Beschäftigten abgenommen. Vor diesem Hintergrund werden Appelle an die Firmen, ihre Ausbildungsbereitschaft zu steigern, von diesen kaum verstanden.

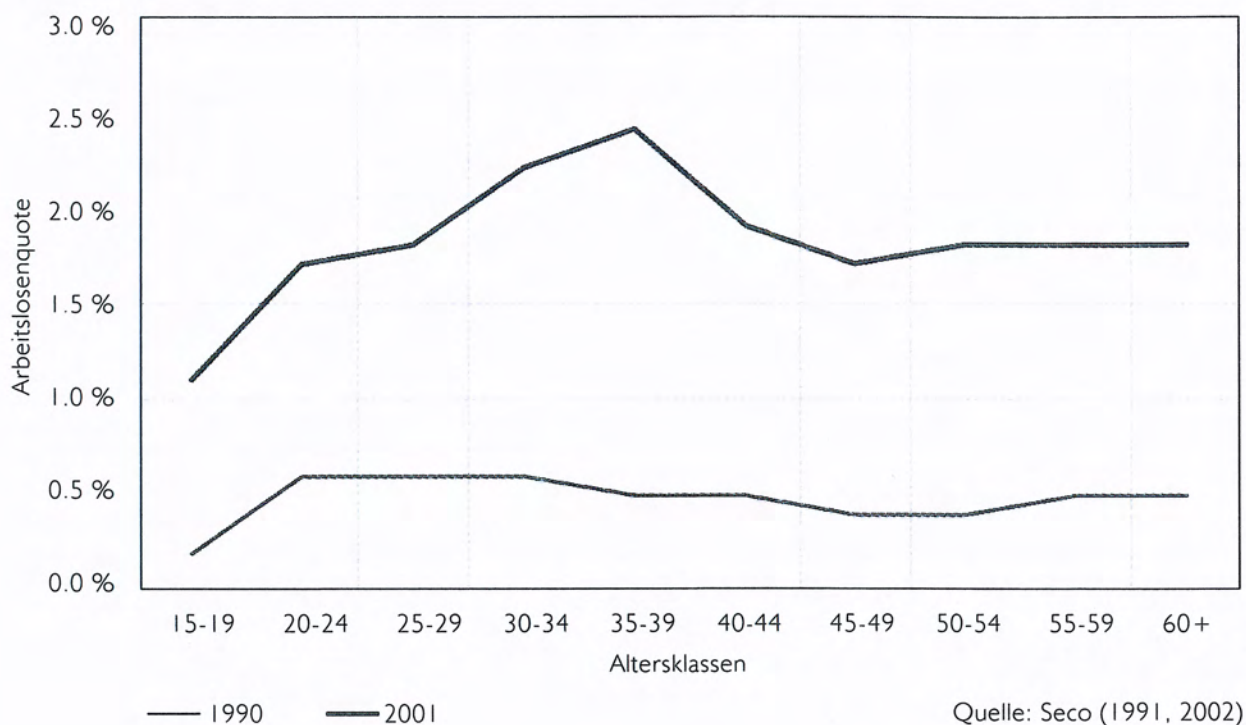
Angesichts der fortschreitenden Tertiarisierung der Berufswelt und in Anbetracht dessen, dass die Anbieter von Dienstleistungsstellen bislang verstärkt auf schulische Qualifikationen zurückgegriffen haben, erscheint das oft bedauerte schwindende Interesse der Jugendlichen an einer Berufslehre in einem ganz anderen Licht. Statt von einer Fehlsteuerung des Lehrstellenmarktes müsste vielmehr von einer heilsamen Korrektur die Rede sein. Aus dieser Sicht wirken Versuche, das Interesse der Jugendlichen an einer Berufslehre neu zu wecken, problematisch. Sie laufen Gefahr, die Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt grösser werden zu lassen und die Jugendarbeitslosigkeit dadurch zu erhöhen.

### 3.4. Ältere Menschen

Nach Dekaden relativer Verschönerung werden seit den 90er Jahren ältere Erwerbspersonen verstärkt von Arbeitslosigkeit betroffen. An der Arbeitslosenquote ist dies nicht auf Anhieb zu erkennen, wie *Abbildung 9* zeigt. Die Graphik betrachtet die zwei gleich günstigen Jahre 1990 und 2001, um den Effekt der Konjunktur in beiden Jahren entsprach die Arbeitslosenquote der über 49-Jährigen allgemeinen Durchschnitt von 0,5 (1990) bzw. 1,7 Prozent (2001)<sup>5</sup>.

<sup>5</sup> vgl. Tabelle 2

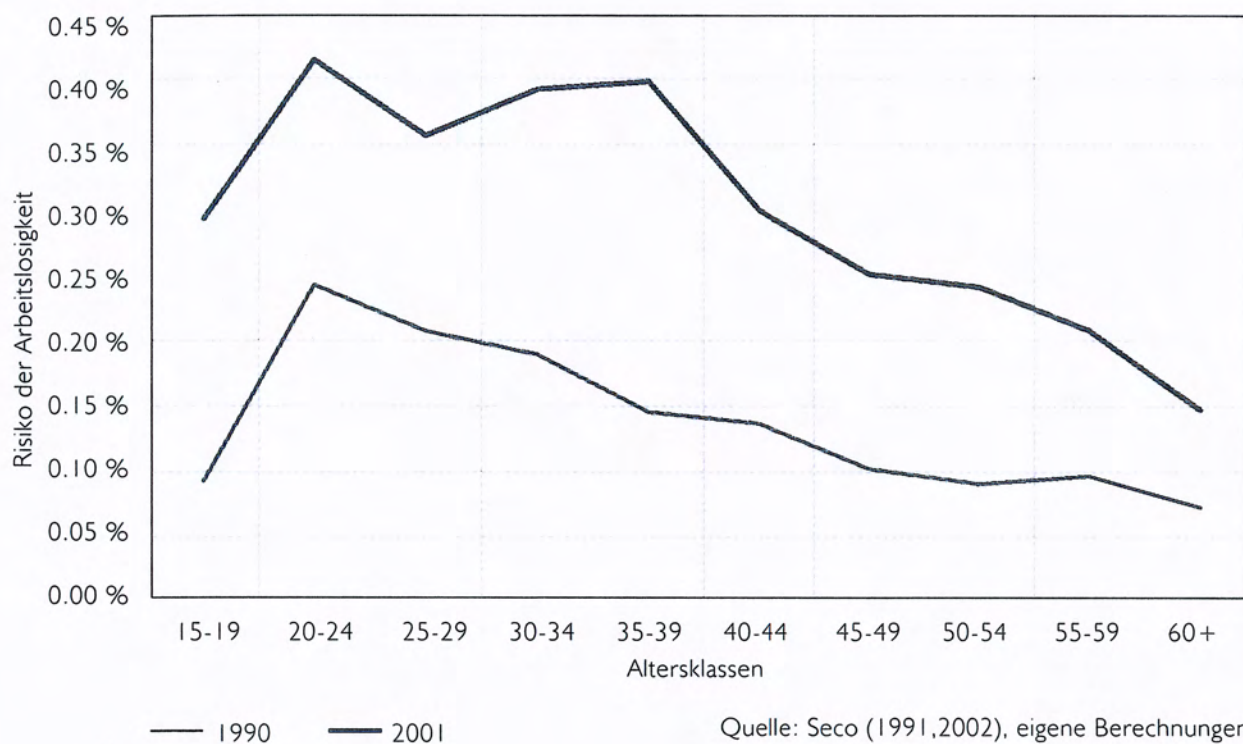
Abb. 9: Arbeitslosenquote nach Altersklassen, Schweiz, 1990 und 2001



Auch hinsichtlich des Arbeitslosigkeitsrisikos schneiden ältere Erwerbspersonen nicht schlechter ab. Im Gegenteil. Wie *Abbildung 10* zeigt, tragen ältere Menschen im Allgemeinen eine wesentliche niedrigere Wahrscheinlichkeit als jüngere, in einem beliebigen Monat von Arbeitslosigkeit betroffen zu werden. In den 90er Jahren hat die Beschäftigungssicherheit der Älteren gegenüber den Jüngeren sogar verbessert.

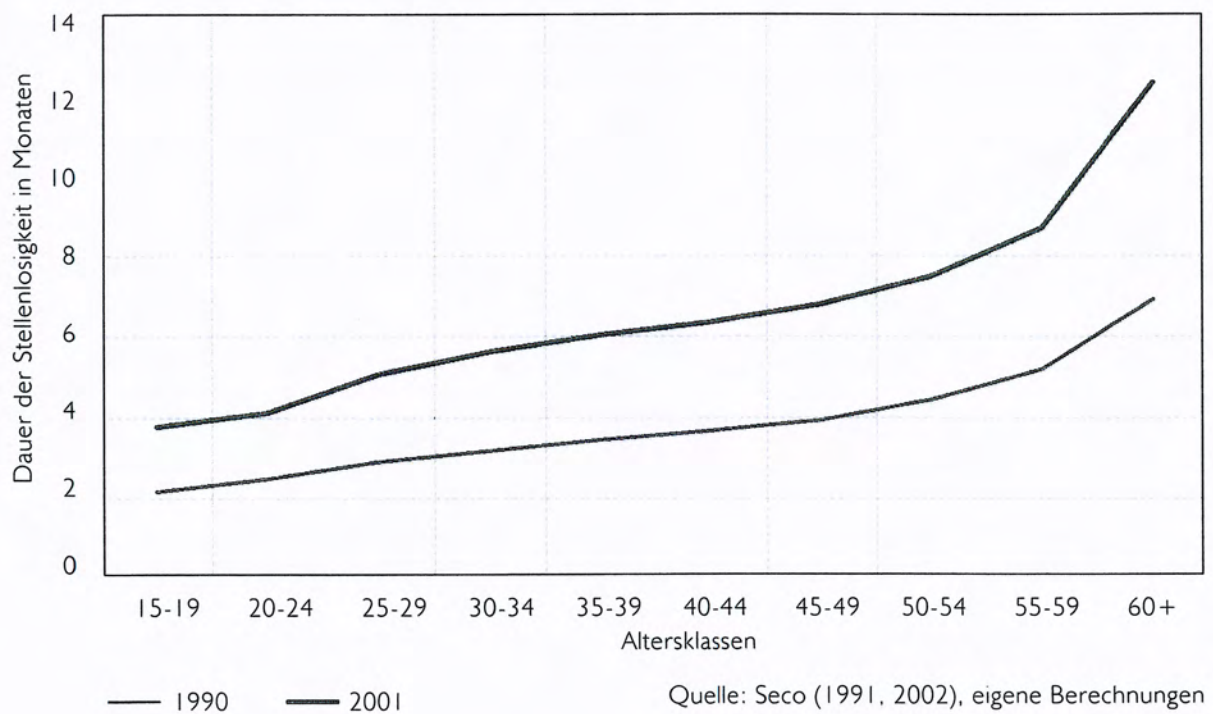


Abb. 10: Risiko der Arbeitslosigkeit in einem beliebigen Monat, Schweiz, 1990 und 2001



Wo sich ältere Erwerbspersonen Nachteile besitzen, ist hinsichtlich der Dauer der Arbeitslosigkeit, das heisst bezüglich der Stellensuche (vgl. Abbildung 11). Ältere Arbeitslose brauchen wesentlich länger, eine Stelle zu finden, als jüngere. Zudem hat sich die Lage für Ältere verschlechtert. Beim letzten konjunkturellen Hoch (2001) haben sie im Mittel über 12 Monate benötigt, um eine neue Anstellung zu finden.

Abb. 11: Durchschnittliche Dauer einer Arbeitslosigkeitsepisode in Monaten, Schweiz, 1990 und 2001



## 4. Lösungsansätze

Die Probleme des Strukturwandels lassen sich nicht dadurch lösen, dass man die alten Strukturen der Industriegesellschaft mit Zähnen und Klauen verteidigt, sondern dadurch, dass man den Herausforderungen offensiv begegnet. Dies ist schon daran zu erkennen, dass jene Länder, denen ein deutlicher Abbau ihrer Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren gelungen ist, dies durch die Schaffung neuer Jobs und nicht durch die Erhaltung bestehender Arbeitsplätze bewerkstelligten.

Gefordert im strukturellen Wandel ist zunächst der Einzelne. Die Dienstleistungsgesellschaft zeichnet sich durch eine hohe Dynamik aus, die den



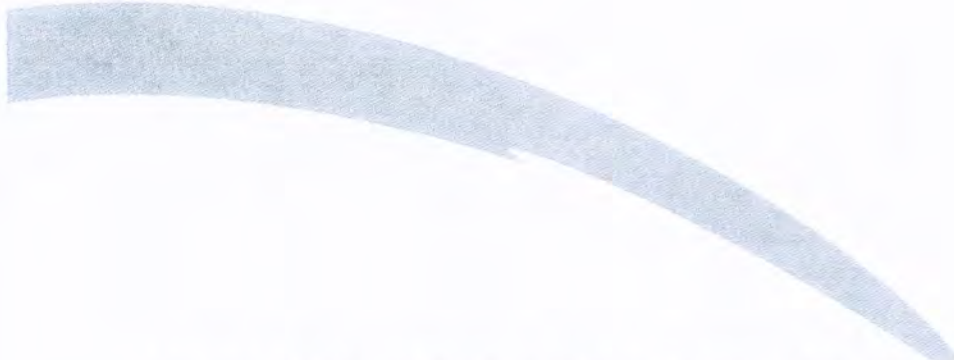
Einzelnen zwingt, sich ständig mit neuen Gegebenheiten auseinander zu setzen. Dies fordert vermehrte Eigeninitiative, Kreativität und Eigenverantwortung bis hin zur Selbständigkeit. Man wird folglich nicht mehr im gleichen Masse erwarten können, dass Dritte - sprich Arbeitgeber - die Arbeitskraft organisieren, vermarkten und der Bevölkerung Erwerbseinkommen verschaffen, während der Staat für allfällige Notlagen wie Arbeitslosigkeit einspringt.

#### 4.1. Arbeitsmarktpolitik

Neben dem Einzelnen sind auch verschiedene Politikbereiche gefordert, in erster Linie natürlich die Arbeitsmarktpolitik. Erfahrungen aus dem Ausland zeigen, dass es zur Vermeidung anhaltend hoher Arbeitslosigkeit unabdingbar ist, dass sich Arbeitslose schnell wieder in den Erwerbsprozess integrieren. Dies liegt darin begründet, dass die Stellenaussichten der Einzelnen mit der Dauer seiner Arbeitslosigkeit in der Regel abnehmen, sei es, weil berufliche Qualifikationen aufgrund langanhaltender Erwerbslosigkeit abgebaut werden, oder sei es, weil Arbeitgeber hinter Langzeitarbeitslosigkeit spezielle Mängel vermuten. Auf diese Weise kann sich Arbeitslosigkeit, die einmal konjunkturell begann, zu einer Dauerarbeitslosigkeit wandeln, die auf konjunkturelle Einflüsse nicht mehr reagiert.

Die langfristige Gewährung von Arbeitslosenentschädigung ist in dieser Hinsicht kontraproduktiv. Langfristige Bezugsmöglichkeiten lindern zwar soziale Not. Sie erleichtern aber dem Betroffenen, seine Stellenlosigkeit als "Schicksal" hinzunehmen. Zudem wirkt eine langfristige Bezugsberechtigung wie eine Subvention, d.h., sie ist strukturerhaltend: Sie erlaubt den Arbeitslosen, allzu lange an Berufswünschen und Lohnvorstellungen festzuhalten, die nicht mehr marktkonform sind.






Um Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden, ist es unerlässlich, dass die Arbeitslosenversicherung die Dauer des Leistungsbezugs eng begrenzt und sie nur in anerkannten Ausnahmefällen (z.B. bei Problemgruppen) verlängert. Mit seiner Entscheidung, die Bezugsfrist für Taggeld mit Ausnahme älterer Arbeitnehmender und Problemregionen ab Juli 2003 von zwei auf anderthalb Jahre zu verkürzen, ist der Gesetzgeber dieser Einsicht gefolgt.

Die Gewährung oder Nichtgewährung von Versicherungsleistungen genügt jedoch nicht, um Arbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen. Es werden zusätzliche Massnahmen benötigt, welche die Wiedereingliederung der Arbeitslosen aktiv unterstützen, sogenannte aktive arbeitsmarktpolitische Massnahmen (AM). Hierzu zählen Instrumente wie Umschulungs- und Weiterbildungsmassnahmen, Praktika, Einarbeitungszuschüsse und dergleichen mehr. Es ist auch wichtig, dass die Massnahmen gezielt auf Problemgruppen eingesetzt werden.

Im Bereich der AM hat sich die Arbeitsmarktpolitik in der Schweiz in den letzten Jahren stark verbessert. Seit der zweiten Teilrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, die anfangs 1997 in Kraft trat, betragen die Ausgaben für AM bis zu einem Drittel der Summe der ausbezahlten Taggelder. Davor waren es unter 10 Prozent. Um den Einsatz von AM zu verbessern, wurden die über 3000 Gemeindearbeitsämter zu rund 130 Regionalen Arbeitsmarktzentren (RAV) zusammengefasst. Dadurch wurde das Arbeitslosen-Vermittler-Verhältnis von ursprünglich rund 500 auf 150 gesenkt. Auch die öffentliche Vermittlung wurde professionalisiert. Die Arbeitsvermittlung, sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich, hat sich inzwischen zu einer Wachstumsbranche entwickelt.

Von den Verbesserungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik darf man keine Wunder erwarten. Dafür sind manche Probleme zu tiefgreifend. Im Hinblick auf den Erfolg von Umschulungs- und Weiterbildungsmassnah-





men gilt es zu beachten, dass rund 40 Prozent der Arbeitslosen hierzulande keine Berufsausbildung aufweisen. Bei diesen Personen dürften solche Qualifizierungsmassnahmen wenig bewirken, da die Grundausbildung fehlt, auf der diese Massnahmen aufbauen.

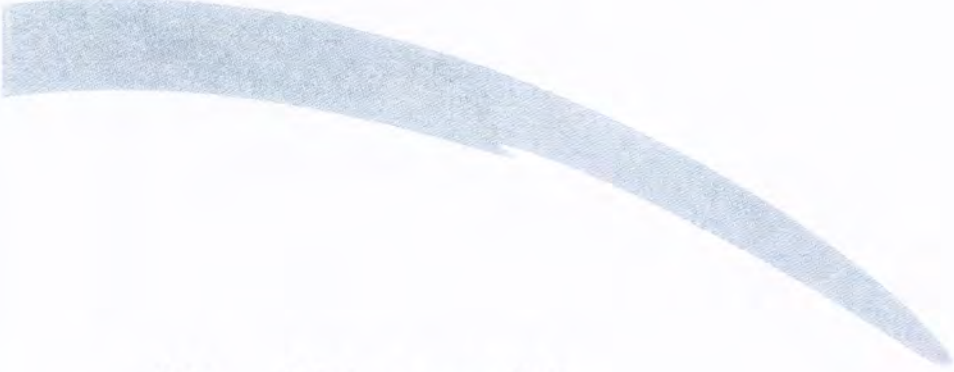
## 4.2. Ausländerpolitik

Um die negativen Folgen der Ausländerbeschäftigung in der Zukunft zu vermeiden, ist auch die Ausländerpolitik neu auszurichten:

- Zum einen ist bei der Zulassung von Ausländern verstärkt Gewicht auf die berufliche Qualifikation und die längerfristigen Integrationsaussichten der Personen zu legen.
- Zum anderen sollte die Rekrutierung von ausländischen Arbeitskräften im gesamtwirtschaftlichen Interesse erfolgen. Branchen-, regional- und betriebsspezifische Interessen, welche seit Jahrzehnten die Ausländerpolitik mit den bekannten Folgen beherrscht, sollten in den Hintergrund treten.
- Schliesslich ist eine strikte Grenze zu ziehen zwischen Kurzaufenthaltern, die niedrigere Kriterien zu erfüllen haben, aber dafür nur begrenzte Zeit in der Schweiz bleiben dürfen und keinen Anspruch auf eine Bewilligungsumwandlung bekommen, und Daueraufenthaltern, die strengere Voraussetzungen erfüllen müssen, aber dafür das Recht auf Niederlassung erhalten.

Die Personenfreizügigkeit mit der EU kommt diesen Forderungen entgegen, da ihr zufolge die künftige Einwanderung in die Schweiz weitgehend auf jene Nationalitäten begrenzt bleiben wird, die aufgrund ihrer kulturellen Nähe und hohen Bildungsstand gute Integrationsvoraussetzungen mit sich bringen.





### 4.3. Bildungspolitik


Auch die Bildungspolitik ist gefordert. Der erhöhte Anteil an schulischen Qualifikationen, den Dienstleistungsberufe verlangen, hat Konsequenzen für die Struktur der Bildungsgänge auf der Sekundarstufe II. Zum einen legt die steigende Nachfrage nach schulischen Qualifikationen es nahe, zwischen der traditionellen Berufslehre auf der einen Seite und Vollzeitschulen auf der anderen ein Kontinuum von Bildungsgängen zu schaffen, die je nach Bedarf unterschiedliche betriebliche und schulische Anteile umfassen. In diesem Zusammenhang ist an betriebliche Ausbildungszentren, Lehrwerkstätten, Berufsfachschulen, Berufsmittelschulen mit Praktika, Berufsmaturitätenschulen und dergleichen mehr zu denken.

Ein Kontinuum an Bildungsgängen hat zudem den Vorteil, dass es die Durchlässigkeit des Bildungssystems fördert, was dem schnellen Wandel der vom Markt verlangten Qualifikationen entgegenkommt. Überdies bildet ein breites Spektrum an Bildungsmöglichkeiten einen Anknüpfungspunkt für die berufliche Weiterbildung, die angesichts der sich schnell wandelnden Berufswelt immer mehr an Bedeutung gewinnt.

Der rasche berufliche Wandel erfordert zudem, dass die Bildungsgänge auf wechselnde Gegebenheiten schnell reagieren können. Dies lässt es ratsam erscheinen, schwerfällige detaillierte Lehrpläne durch klar definierte und leichter veränderbare Lehrziele zu ersetzen. Leistungsstandards setzen im Gegenteil zu Lehrplänen keinen bestimmten Bildungsweg voraus. Dadurch eröffnen sie den Weg, durch Erfahrung erworbene Fähigkeiten zu zertifizieren, was bei einer sich rapid verändernden Berufswelt ebenfalls vom Vorteil ist.

Der wirtschaftliche und soziale Wandel verlangt nicht nur, dass sich die Berufslehre nach oben erweitert, sondern dass sie auch nach unten öffnet.





Jahrelang hat die Anlehre die Funktion "des Bildungsabschlusses unterhalb der Berufslehre" erfüllt. Doch heute genügt sie nicht. Die Anlehre ist vornehmlich für praktisch begabte Jugendliche gedacht, die Schwächen beim Abstraktionsvermögen haben, aber mit Hand und Werkzeug geschickt umgehen können. Doch ein fehlender Lehrabschluss liegt heute oft im sozialen und kulturellen Bereich begründet. In diesem Zusammenhang ist vor allem an ausländische Jugendliche zu denken, bei denen die Lernschwierigkeiten oft in mangelnden Sprachkenntnissen begründet liegen.


Bei jungen Ausländerinnen und Ausländern kann eine fehlende Berufsausbildung auch darauf zurückzuführen sein, dass die jungen Menschen mit den hiesigen Bildungsstrukturen nicht ausreichend vertraut sind und die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung eines Berufsabschlusses hierzulande nicht ausreichend zu würdigen wissen.

Um auch diese Personen zu erreichen, ist ein Bildungsangebot erforderlich, das ein vertieftes Eingehen auf besondere Umstände und Bedingungen ermöglicht. Dabei geht es nicht darum, die Bildungsanforderungen zu senken, sondern darum, auch Jugendlichen mit Lernschwierigkeiten zu einem anerkannten Qualifikationsstandard zu verhelfen.

Eine verstärkte Individualisierung der Bildung bedeutet allerdings einen grösseren Betreuungsaufwand und mithin höhere Kosten. Auch der höhere Schulanteil, den die wachsende Bedeutung der Dienstleistungsberufe mit sich bringt, impliziert höhere Bildungsausgaben. Doch im Gegenteil etwa zu Agrarsubventionen tragen Bildungsausgaben Investitionscharakter und sind zukunftsorientiert.

Das neue Berufsbildungsgesetz trägt den aufkommenden Anforderungen an die Berufslehre zumindest im Grundsatz Rechnung. Es handelt sich jedoch um ein Rahmengesetz. Inwiefern das Gesetz den neuen Herausfor-





derungen auch noch gerecht wird, hängt von den mitwirkenden Bildungspartnern ab. Eine rückwärtsgewandte Politik, die darauf abzielt, die Zeiten wieder herzustellen, in denen bis zu drei Viertel aller Jugendlichen sich für eine Berufslehre entschieden, hat wenig Aussicht auf Erfolg. Im Gegenteil: Sie dürfte eher einen Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit zur Folge haben.


#### 4.4. Wettbewerbspolitik

Auch die Wettbewerbspolitik kann zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen. Wettbewerbshemmende Regelungen behindern den Zugang zu Märkten und schränken somit die Produktion und die Beschäftigung ein. Vergleicht man in dieser Hinsicht die Schweiz mit dem Ausland, so ist festzustellen, dass eine Anzahl wirtschaftlicher Bereiche, in denen in den angloamerikanischen Ländern ein Grossteil der neuen Arbeitsplätze entstanden ist, hierzulande staatlich reglementiert sind. Vor diesem Hintergrund hat der Bundesrat 2004 ein Wachstumspaket mit einer Reihe von Massnahmen verabschiedet, die den Wettbewerb hierzulande stärken soll.

### 5. Fazit

Diese Überblick hat gezeigt, dass trotz erhöhter Arbeitslosigkeit die Funktionsfähigkeit des Schweizer Arbeitsmarktes nicht nachgelassen hat. Die Arbeitslosigkeit ist weiterhin durchlässig. Mehr Stellenlose finden heute Arbeit als zur Zeiten der Hochkonjunktur. Anzeichen einer wachsenden Ausgrenzung breiterer Bevölkerungsschichten sind vorderhand nicht zu






erkennen. Arbeitslosen werden nicht lediglich ausgesteuert, sondern finden in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle eine neue Stelle. In der Regel findet nach der Wiedereingliederung auch keinen finanziellen Abstieg statt. Zudem ist die Einkommensverteilung in der Schweiz in den letzten Jahrzehnten nicht deutlich ungleicher geworden. Auch die steigende Jugendarbeitslosigkeit entpuppt sich bei näherem Hinsehen als weniger dramatisch als gemeinhin gedacht.

Trotz dieser positiven Zeichen, ist nicht zu verhehlen, dass Probleme bestehen. Vor allem ist an der Tertiarisierung der Arbeitswelt, die Internationalisierung der Arbeitsteilung und die Bildungsintensität des technischen Fortschritts zu denken, die ungelernte Industriearbeiter stark fordern und die Weisheit der vergangenen Ausländerpolitik in Frage stellen. Daneben sind die Folgen dieser Entwicklung für die Berufsausbildung zu bedenken. Ferner gibt es Anzeichen, dass ältere Arbeitslose, obwohl stark in der Minderheit, zunehmend Mühe haben, sich in Erwerbsprozess wieder einzugliedern.

Die neuen arbeitsmarktlichen Herausforderungen sind von der Politik erkannt worden und werden angegangen. Gesetzesrevisionen sind in allen arbeitsmarktrelevanten Politikbereichen in den letzten Jahren verabschiedet worden. Es gibt mit anderen Worten Gründe zur Zuversicht, auch wenn sich die Probleme nicht von heute auf morgen lösen lassen.



## Weitere Publikationen von Glaube & Wirtschaft

- **Eigenverantwortung im Sozialstaat.** Von Dr. h.c. Franz Marty, Schwyz (Oktober 2005)
- **Christliche Werte, Hippokrates und Unternehmensethik.** Dr. theol. Christoph Weber-Berg, Prof. Dr. Otfried Höffe (August 2004)
- **Schweiz: Wohin geht die Reise?** Interview von Urs C. Reinhardt / Dr. Eduard Wildbolz mit Prof. Dr. Franz Jaeger, St. Gallen. Nachwort von P. Dr. Albert Ziegler, Zürich (Mai 2004)
- **Globalisierung - Chance für alle.** (Dezember 2003)
- **Vertrauen schaffen.** Beiträge von P. Dr. Albert Ziegler, Dr. Helmut O. Maucher, Dr. Beat Kappeler, Fritz Blaser und Elisabeth Schirmer-Mosset (Oktober 2003)
- **Gesundheitswesen wie weiter?** Diskussionsvoten von Rechtsanwalt Moritz Arnet, Prof. Dr. Thierry Carrel und Dr. P. Albert Ziegler (Dezember 2002)
- **Das World Economic Forum (WEF) vor Menschheitsfragen.** Ein Projekt und seine Widersacher: Von Dr. Eduard Wildbolz, Urs C. Reinhardt, Prof. Dr. Klaus Schwab und Nationalrätin Pia Hollenstein (November 2002)
- **Schwarzarbeit in der Schweiz.** Interview mit Dr. oec. Daniel W. Hefti. Zürich (Oktober 2002)
- **Stellungnahme zum Wort der Kirchen.** Studiengruppe der Interkonfessionellen Informationsstelle Glaube & Wirtschaft, Bern (August/September 2001)
- **Das Bankkundengeheimnis.** Von PD Dr. jur. Christoph Winzeler, Basel und Prof. Dr. theol. et Dr. rer. pol. Friedrich Beutter, Luzern (August 2001)
- **Staat, Wirtschaft, Kirchen und die Freiwilligen.** Von Sonja Daeniker-Pfister, Zumikon (März 2001)
- **Zurück an die Spitze!** Für einen Wirtschaftsstandort Schweiz mit positiven Rahmenbedingungen. Ein Plädoyer. Von Urs C. Reinhardt, Bern (Dezember 2000)
- **Leben nach 60.** Gesellschaftliche Aufgabe. Persönliche Verantwortung. Von P. Dr. Albert Ziegler, Zürich (September 2000)

Verkaufspreis: Fr. 5.- pro Broschüre

Für Bestellungen von mehr als 5 bzw. 10 Exemplaren werden 10% bzw. 20% Rabatt gewährt.  
Das Porto wird separat verrechnet. Liste der Publikationen gratis.





# Verein Glaube & Wirtschaft

## Zweck

Der Verein Glaube & Wirtschaft führt die gleichnamige Interkonfessionelle Informationsstelle. Diese bezweckt, aktuelle wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Fragen aus der Sicht christlicher Ethik zu analysieren und Lösungsansätze zu entwickeln, um zwischen wirtschaftlichen und kirchlichen Kreisen einen aufbauenden Dialog zu verfolgen. Die Informationsstelle ist 1984 gegründet worden.

Die der christlichen Botschaft, dem Geiste der Toleranz und der Objektivität verpflichtete Informationsstelle will wirtschaftlich sowie ethisch-theologisch begründete Informationen und Studien erarbeiten und verbreiten. Die Publikationen sollen einem breiten Interessen-Kreis, namentlich Pfarrämtern, Gemeindeleitungen, Kirchenvorständen, Kirchgemeinden, Schulen, Medien und Unternehmungen zur Verfügung gestellt werden.

## Finanzierung

Die Tätigkeit der Informationsstelle wird durch Mitgliederbeiträge, den Verkauf von Broschüren und Spenden finanziert. Der Vereinsbeitrag beläuft sich gegenwärtig pro Jahr auf Fr. 30.- für natürliche Personen und juristische Personen ideellen Charakters (z.B. Pfarreien, Kirchgemeinden) sowie mindestens Fr. 200.- für andere juristische Personen.

## Postcheckverbindung

Glaube & Wirtschaft / Foi & Économie, Fribourg, PC 17-2718-7

## Sekretariat

Interkonfessionelle Informationsstelle


Glaube & Wirtschaft

Postfach 245, CH-1707 Fribourg

Tel. 026 481 11 32, Fax 026 481 24 87

glawi.fe@bluewin.ch

www.Glaube-Wirtschaft.ch



# Beitrittserklärung

Ich möchte Ihre Bemühungen zur Förderung des Dialogs und zum Austausch von Informationen unter wirtschaftlichen und kirchlichen Kreisen unterstützen und melde mich hiermit als Mitglied des Vereins Glaube & Wirtschaft an.  
Ich erhalte künftig alle Publikationen gratis.

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Evtl. Beruf/Funktion \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort \_\_\_\_\_

- Einzelmitglied
  - Juristische Person ideellen Charakters (z.B. Kirchengemeinde)
  - Andere juristische Person
- (Zutreffendes bitte ankreuzen)

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_